

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/061(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag,  11.01.2024	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:30 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2023, 30.11.2023
  - 3.1 16.11.2023
  - 3.2 30.11.2023
- 4 Einwohner\*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Feststellungsbeschluss zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der allgemeinbildenden Schulen bis zum Zielplanjahr 2026/27 DS0539/23

	FB 40	
5.1.1	Beschlusspunkt 2	
5.1.2	Beschlusspunkt 4	
5.1.3	Beschlusspunkt 5	
5.1.4	Restliche Beschlusspunkte	
5.2	Planung und Errichtung eines Wasserwerkes sowie Rohwasserentnahme aus der Elbe innerhalb des Gemeindegebietes Magdeburg - Grundsatzbeschluss Dez III	DS0633/23
5.3	Kunstwerk für den Geschwister-Scholl-Park im Gedenken an den antifaschistischen Widerstand und die Ermordung der Geschwister Scholl - Realisierung des Siegerentwurfs FB 42	DS0543/23
5.4	Benennung 1. Fahrradstraße Magdeburgs nach Elisabeth Eichholz FB 62	DS0608/23
5.5	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan Gebiet 121-2 „Am Vogelgesang Zoo“ zur Gemeindestraße, 39124 Amt 66	DS0598/23
5.6	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 238-5 "Franckestraße" Amt 61	DS0382/23
5.7	Satzung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 238-5 "Franckestraße" Amt 61	DS0383/23
5.8	Aufstellung der 1. Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 103-6 Östlich August-Bebel-Damm“ und öffentliche Auslegung des Entwurfs Amt 61	DS0492/23
5.9	Satzung über eine Veränderungssperre zum B-Plan 341-4 "Brenneckestraße Nordseite" Amt 61	DS0542/23
5.10	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 431-4 "Maria-Neide-Straße" Amt 61	DS0555/23
5.11	46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Albert-Vater-Straße 140" Amt 61	DS0575/23

6	Anträge	
6.1	Weihnachtsstraßenbahn Fraktion FDP/Tierschutz	A0236/23
6.1.1	Weihnachtsstraßenbahn FB 32	S0542/23
6.2	Nutzung von Synergien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Ko. KG (SWM Magdeburg) und der Verkehrsbetriebe Magdeburg GmbH & Co. KG (MVB) CDU-Ratsfraktion	A0258/23
6.2.1	Nutzung von Synergien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Ko. KG (SWM Magdeburg) und der Verkehrsbetriebe Magdeburg GmbH & Co. KG (MVB) und mehr Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0258/23/1
6.2.2	Nutzung von Synergien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Ko. KG (SWM Magdeburg) und der Verkehrsbetriebe Magdeburg GmbH & Co. KG (MVB) OB/02	S0574/23
6.3	Energiewende vorantreiben - Kommune und Bürger*innen profitieren Fraktion GRÜNE/future!	A0204/23
6.3.1	Energiewende vorantreiben - Kommune und Bürger*innen profitieren FB 02	S0529/23
6.4	Wegebeziehung für Radverkehr am Ende des Parkplatzes Sternbrücke öffnen SPD-Stadtratsfraktion	A0210/23
6.4.1	Wegebeziehung für Radverkehr am Ende des Parkplatzes Sternbrücke öffnen Amt 66	S0512/23
6.5	Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten Fraktion FDP/Tierschutz	A0129/23
6.5.1	Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten Amt 66	S0537/23
6.6	Wohntrend bei TinyHouses nicht verpassen, kostengünstiges Bauen und Wohnen ermöglichen! Fraktion DIE LINKE	A0202/23
6.6.1	Wohntrend bei Tiny-Houses nicht verpassen, kostengünstiges Bauen und Wohnen ermöglichen Amt 61	S0557/23

7	Informationen	
7.1	Arbeitsstätten- und Gewerbeflächenentwicklung Magdeburg 2035 Dez III, Team1	I0281/23
7.2	Informationen zur Untersuchung der zukünftigen Beanspruchung und Belastbarkeit der Ingenieurbauwerke im Zuge des Magdeburger Ringes, sowie Gegenüberstellung und Beurteilung von Varianten im Rahmen einer Gutachterlichen Stellungnahme Amt 66	I0214/23
7.3	Tunneldesaster aufarbeiten, Folgen ermitteln! Amt 66	I0253/23
7.4	Strukturelle Radverkehrsförderung bis 2030 Amt 66	I0309/23
7.5	Barrierefreiheit zwischen den Haltestellen Alter Markt Amt 66	I0259/23
7.6	Fußgängerüberweg zum Polarspielplatz in der Neuen Neustadt Amt 66	I0278/23
7.7	Verkehrsrückhaltesysteme auf dem Magdeburger Ring Amt 66	I0279/23
7.8	Kreisverkehr Diesdorf Amt 61	I0230/23
7.9	Entlastungsstraße für Ostelbien Amt 61	I0273/23
7.10	Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee Amt 61	I0289/23
8	Verschiedenes	
9	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

Norman Belas

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke  
Christian Mertens  
Burkhard Moll  
Frank Schuster  
Reinhard Stern

**Vertreter**

Jürgen Canehl

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden und wünscht allen einen guten Start ins Neue Jahr.

Für das letzte halbe Jahr dieser Legislaturperiode hofft er auch weiterhin auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und verweist auf die fristgerechte Ladung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 7.1 soll auf Wunsch der Verwaltung im Anschluss an den TOP 5.2 beraten werden.

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2023, 30.11.20233.1. 16.11.2023

Abstimmung: 5-0-1

3.2. 30.11.2023

Die Niederschrift lag nicht vor.

4. Einwohner\*innenfragestunde

Thema:

Treppeninstandsetzung an der Elbböschung – Kleiner Stadtmarsch/Höhe Hubbrücke –

Der Bürger berichtet vom schlechten Zustand der Treppe an der Elbböschung. Die Wiese unter der Hubbrücke wurde und soll als Veranstaltungsort genutzt werden. Es bestehen zwei Zugangsmöglichkeiten zum Veranstaltungsort aus Richtung Hasselbachplatz kommend.

1. Direkt über die Wiese;
2. Unter der Hubbrücke entlang über eine Treppe;

Die Treppe weist mittlerweile erhebliche Baumängel aus. Die Feuerwehr verweist auf die Problematik der Flucht- und Rettungswege.

Konkret fragt er, kann diese Treppe kurzfristig ertüchtigt werden und wenn ja, in welchem Zeithorizont?

Dem **Beigeordneten Herrn Rehbaum** ist die Thematik unbekannt.

**Herr Gebhardt** kann ebenfalls keine Aussage zu der Baulastträgerschaft der Treppe machen. Da sich die Treppe im Bereich einer Grünfläche befindet, könnte die Zuständigkeit beim EB SFM liegen, stellt er fest.

**Herr Gebhardt** klärte nach erfolgter Rückfrage mit dem SFM, dass der SFM u.a. für die Treppe zuständig ist.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet um Klärung der Zuständigkeiten. Dieses sichert der Beigeordnete zu.

## 5. Beschlussvorlagen

---

- 5.1. Feststellungsbeschluss zur mittelfristigen  
Schulentwicklungsplanung der allgemeinbildenden Schulen bis  
zum Zielplanjahr 2026/27  
Vorlage: DS0539/23
- 

**Stadtrat Moll** beantragt eine punktweise Abstimmung der Beschlussvorlage und verweist u.a. auf die Problematik der Schließung der Grundschule „Schmeilstraße“.

**Frau Althaus** bringt die Beschlussvorlage ein. Detailliert geht sie auf den Schulstandort Schmeilstraße ein. Sie erläutert die geänderten Vorgaben vom Land hinsichtlich der Mindestschulgröße und verweist auf den Doppelstandort hier. Allgemein schwierig gestalten sich, belastbare Prognosen zur Schülerentwicklung zu treffen. Die Genehmigungsfähigkeit des Schulentwicklungsplanes wurde vom Land bereits bestätigt.

Über die Schließung der Grundschule Schmeilstraße äußern sich alle Stadträte überrascht.

**Stadtrat Stage** geht auf den Beschluss zur Festsetzung der Schuleinzugsbezirke ein und sieht hier schon einen Grund für die nun fehlenden Einschülerinnen und Einschüler.

**Stadtrat Moll** weist auf die nicht ganz neue Diskussion zum Grundschulstandort Schmeilstraße. Durch die Schließung der Grundschule werden unzumutbare Tatsachen für Eltern und Kinder geschaffen. Er hinterfragt andere Unterstützungsmöglichkeiten bei der Verwaltung, wie z.B. die Vergrößerung der Grundschule Diesdorf für die Grundschüler. Des Weiteren müsse die Lehrkräfteproblematik in Magdeburg geklärt werden.

**Frau Althaus** verweist auf einen Umzug der Schülerinnen und Schüler im Klassenverband inklusive der Lehrkräfte (Vertrauenslehrkräfte). In der Grundschule Diesdorf fehlen die Kapazitäten dafür. Die Schulwegeentfernung wurden geprüft.

**Stadtrat Moll** verweist auf einen Schulweg mitunter von Diesdorf bis zur Hermann-Giesler-Straße.

**Stadtrat Mertens** hinterfragt noch einmal die Schließung der Grundschule Schmeilstraße aufgrund eines Beschlusses vom Land. Hierfür äußert er wenig Verständnis.

**Stadtrat Stage** verweist auf die Diskussion zum Schulneubau vor 2 Jahren und jetzt soll eine Überkapazität bestehen.

**Stadtrat Dr. Grube** hält einen Wechsel im Klassenverband für eher unrealistisch. Er hinterfragt die Möglichkeit, eine Außenstelle von der Grundschule Wilhelm-Kobelt-Straße in der Schmeilstraße einzurichten.

**Frau Althaus** verweist auf eine Beschlussvorlage zum Schulverbandswechsel bzw. zur Schulbezirksänderung.

Eine beantragte Ausnahmegenehmigung zur Bildung einer Außenstelle in der Grundschule Schmeilstraße wurde von der Schulbehörde versagt.

**Stadtrat Stage** wundert sich über die nachträgliche Änderung der Schuleinzugsbezirke.  
**Frau Althaus** verweist auf die Festlegung durch das Land.

**Stadtrat Stern** vermisst eine Berücksichtigung des zu erwarteten Bevölkerungswachstums in Magdeburg. Er geht auf die steigenden Asylverfahren und mögliche Familiennachzüge ein. Darauf müsse sich zeitig eingestellt werden. Wann wurde Dez V beteiligt?

**Frau Althaus** verweist auf den Mittelwert.

**Stadträtin Linke** kritisiert, dass die entstehenden Wegestrecken dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ nicht gerecht werden. Des Weiteren verweist sie auf die massiven Investitionen der Wobau in familiengerechte Wohnungen im Bereich der Beimssiedlung. Die beiden verbleibenden Grundschulstandorte (Westring und Diesdorf) liegen weit auseinander. Dazwischen müsse noch ein anderer Standort für Stadtfeld West gefunden werden.

**Stadtrat Hempel** rechnet beispielhaft eine Wegstrecke mit Umstiegsszenario vor und verweist auf eine nicht zu akzeptierende Situation für die betroffenen Grundschülerinnen und Grundschüler.

Er hinterfragt die Berücksichtigung der Planungen im Bereich Fahlberg-List sowie dem RAW-Gelände und verweist auf eine Grundlage für die nächsten Jahre, die geschaffen werde. Er spricht sich für die Ablehnung dieser vom Land aufgestellten Rahmenbedingungen aus und werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler wohnt im Bereich der Beimssiedlung, teilt **Frau Althaus** mit. Des Weiteren verweist sie auf die Einbeziehung des Amtes für Statistik. Berücksichtigt wurden die Baugebiete in der Schulentwicklungsplanung sowie der Standort Schanzenweg als Vorhaltefläche.

**Stadtrat Mertens** verweist auf den Zusammenhang der Beschlusspunkte 2 und 4.

**Stadtrat Stage** kritisiert eine andere Darstellung der Faktenlage beim Beschluss einer weiteren Förderschule in Neu Olvenstedt.

**Frau Althaus** verweist auf die zeitlichen Zusammenhänge, die erläutert wurden.

**Stadtrat Stage** kann so viele Umzüge innerhalb der Schulen nicht nachvollziehen.

**Frau Althaus** erläutert den gesamtstädtischen Bedarf und eine gesamtstädtische Betrachtung.

Einzelabstimmung

#### 5.1.1. Beschlusspunkt 2

---

Abstimmung:            0-7-2            nicht empfohlen

#### 5.1.2. Beschlusspunkt 4

---

Abstimmung:            0-4-5            nicht empfohlen

#### 5.1.3. Beschlusspunkt 5

---

Abstimmung: 0-6-3 nicht empfohlen

#### 5.1.4. Restliche Beschlusspunkte

---

Abstimmung: 4-3-2

- 5.2. Planung und Errichtung eines Wasserwerkes sowie Rohwasserentnahme aus der Elbe innerhalb des Gemeindegebietes Magdeburg - Grundsatzbeschluss  
Vorlage: DS0633/23
- 

**Frau Stieger** bringt die Beschlussvorlage für einen Grundsatzbeschluss zur Wasserentnahme aus der Elbe ein. Mit einer steigenden Zunahme des Wasserbedarf für Magdeburg müsse in den nächsten Jahren gerechnet werden.

**Stadtrat Dr. Grube** begrüßt die Transparenz.

**Stadtrat Hempel** findet den Grundsatzbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt gut um informationsfähig zu sein.

Er stößt sich an der Grundwasserentnahme im Raum Magdeburg und verweist auf eine der trockensten Regionen in Deutschland. Er hält die Wasserentnahme für problematisch und falsch.

**Frau Stieger** erläutert, dass es sich um ein Flusswasserwerk geht, mit dem Wasser aus dem Uferbereich der Elbe entnommen werden soll und nicht um das Grundwasser aus tiefen Erdschichten.

Die Überlegungen sind, ob man das Wasser aus der Welle oder aus dem Randbereich/Uferfiltrat nimmt. Diese Überlegungen laufen und sollen als ein erster Schritt untersucht werden.

**Stadträtin Linke** sieht die Alternative einer Grundwasserentnahme in der Begründung kritisch. Des Weiteren vermisst sie das Wort „Intel“ in der Beschlussvorlage.

**Frau Stieger** informiert darüber, dass das neue Wasserwerk nicht vordergründig für die Versorgung von Intel gesehen werde. Die Leistungsfähigkeit des aktuellen Wasserversorgungsystems werde durch den wachsenden Bedarf an seine Kapazitätsgrenzen stoßen.

Der Wasserverbrauch in den früheren Zeiten (Vorwendezeit) war erheblich höher und zwei Wasserwerke dienten der Versorgung der Stadt.

Mit der Intelansiedlung als Anker werden andere Ansiedlungen folgen. Die Stadt werde größer und dem Klimawandel müsse ebenso begegnet werden.

**Stadtrat Moll** begrüßt die Beschlussvorlage. Die Leistungsfähigkeit des aktuellen Wasserversorgungsystems werde bei wachsendem Bedarf an seine Kapazitätsgrenzen stoßen. Eine Aussage im Rathaus lautete, Intel recycelt schon heute in seinen Prozessen 80 Prozent des Wassers und möchte diesen Anteil sogar noch steigern.

**Stadtrat Stern** findet die Wasserentnahme aus der Elbe nicht gut, das kennt er noch von früher und erinnert an die damalige Notwendigkeit zur Chlorierung des Wassers.

Abstimmung zur DS0633/23: 8-0-0

- 5.3. Kunstwerk für den Geschwister-Scholl-Park im Gedenken an den antifaschistischen Widerstand und die Ermordung der Geschwister Scholl - Realisierung des Siegerentwurfs  
Vorlage: DS0543/23
- 

**Herr Wiegel** bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert das Verfahren der Entscheidungsfindung. Mit der Realisierung des Siegerentwurfs werde 2025 geplant.

**Stadtrat Schuster** sieht es kritisch, dass der Stadtrat nicht im Verfahren (Jury) beteiligt wurde. Er weist auf die vielen Kunstwerke im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt und die häufig vernachlässigte Pflege dieser Objekte. In diesem Zusammenhang hinterfragt er den Stand zum Antrag zur Erfassung der Kunst im öffentlichen Raum. Seine Enthaltung begründet er mit der Vernachlässigung der bereits vorhandenen Kunstwerke im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt Magdeburg und nicht, weil er das Kunstwerk ablehne.

**Herr Wiegel** berichtet von dem Stand der Erfassung/Digitalisierung (Software DAPHNE) der einzelnen Objekte und verweist auf die Komplexität des Themas.

**Stadtrat Dr. Grube** kritisiert ebenfalls das Verfahren und verweist auf die Stadtratsbeschlüsse. Diese sind sogar in der Begründung enthalten.

Der Anstoß für ein Denkmal im Gedenken an den antifaschistischen Widerstand zum 80. Jahrestag kam aus den Reihen der Stadträtinnen und Stadträte. Deren Beteiligung im Rahmen des Verfahrens/Jury nicht zu gewährleisten findet er schwierig.

Der Beschlusspunkt 3 (siehe Begründungstext) wurde nicht erfüllt.

3. *Dem Stadtrat werden 3 Entwürfe inklusive einer detaillierten Kosten- und Finanzierungsplanung in einer gesonderten Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt.*

Eine Jury wurde eingerichtet und hat entschieden ohne Beteiligung des Stadtrates und damit habe er große Probleme.

**Herr Wiegel** verweist auf eine Vorauswahl, die durch die Jury getroffen wurde. Die Möglichkeit einer anderen Bewertung bzw. Beschlussfassung bestehe immer noch. Der Stadtrat ist und bleibt Herr des Verfahrens.

**Stadtrat Stage** verweist auf den Stadtratsbeschluss, der keine Festlegung der Plätze 1, 2, 3 durch eine Jury vorsieht. Das Gegenteil sieht der Beschlusspunkt 3 vor, stellt er klar. Dem Stadtrat sind 3 Entwürfe zur Entscheidungsfindung vorzulegen.

**Stadtrat Hempel** als einer der Initiatoren des Antrages erläutert noch einmal die Idee des Beteiligungsprozesses durch Schülerinnen und Schüler. Er verweist auf die Entscheidung durch den Stadtrat (Beschlusspunkt 3).

Er hätte sich auch alle 3 Entwürfe gut zusammen vorstellen können, sieht aber die finanziellen Zwänge. Der Beschlussvorlage werde er zustimmen, kritisiert aber das Juryverfahren.

**Stadtrat Stage** geht auf den Antrag, der daraus folgenden Beschlussvorlage und die damit verbundene Diskussion ein. Auf keinem Fall sollte ein Realisierungswettbewerb durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang erinnert er an das Desaster zur Neugestaltung des Alten Markt.

Warum hat das Dez. IV ein Problem mit der Beteiligung des Stadtrats? So entstehen unnötige Streitpunkte. In anderen Dezernaten läuft die Beteiligung/Einbeziehung des Stadtrates eindeutig besser.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler. Er fragt nach einer Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums an der Pflege zu beteiligen. Er spricht sich für die Einbindung der Jugendlichen in diese Problematik aus. Hierauf hat **Stadtrat Stage** eine Anmerkung und weist auf die Beschlusslage hin. Die Jugendlichen sollten mit einbezogen werden. Dieses sei nicht geschehen. Jetzt die Jugendlichen mit der Pflege zu beauftragen hält er für pädagogisch schwer vermittelbar.

**Herr Wiegel** kann das Verfahren nicht rückwirkend verändern, nimmt aber die Anregungen und Kritikpunkte zur Prüfung mit.

Dass die Entscheidung beim Stadtrat liegt, sieht **Stadtrat Stage** anders, da bereits eine Jury-Entscheidung gefällt wurde.

**Stadtrat Mertens** stimmt den bereits geäußerten kritischen Anmerkungen zu und erweitert seine Kritik um das Thema Kosten und Haushaltslage. Oftmals werde um viel geringere Beträge gestritten, stellt er fest.

„Herr“ des Verfahrens seien die Stadträte auf keinem Fall, stellt **Stadtrat Dr. Grube** klar. Er verweist auf die Tatsache der bereits erfolgten Vorauswahl. Die Beschlusslage wurde doppelt nicht umgesetzt. Weder die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler sei erfolgt noch wurden 3 gleichrangige Entwürfe dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt. Er bittet um Aussage zur Stadtratssitzung, wer die Jury ausgewählt und eingesetzt hat.

**Stadtrat Hempel** schlägt vor, die Möglichkeit von Patenschaften durch das Geschwister-Scholl-Gymnasium im Nachhinein zu prüfen.

**Stadtrat Stern** regt an, die Finanzierung über Dritte zu prüfen.

**Stadtrat Schuster** begrüßt die Initiative, ein Kunstwerk im Gedenken an den antifaschistischen Widerstand zur errichten. Er fragt, kann die Umsetzung über einen Förderverein, ein Kuratorium oder Patenschaften erfolgen? Zugleich bekräftigt er, dass im Haushalt Geld für die Pflege des Kunstwerkes eingestellt werden muss.

Abstimmung zur DS0543//23: 5-0-4

- 5.4. Benennung 1. Fahrradstraße Magdeburgs nach Elisabeth Eichholz  
Vorlage: DS0608/23
- 

**Herr Becker** bringt die Beschlussvorlage ein.

Abstimmung zur DS0608/23: 9-0-0

- 5.5. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan Gebiet 121-2 „Am Vogelgesang Zoo“ zur Gemeindestraße, 39124  
Vorlage: DS0598/23
- 

**Herr Gebhardt** erläutert die Beschlussvorlage.

Abstimmung zur DS0598/23: 8-0-1

- 5.6. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 238-5 "Franckestraße"  
Vorlage: DS0382/23
- 

**Frau Lehmann** bringt die beiden TOP 5.6 und TOP 5.7 zusammen ein. Sie erläutert die Änderungen im Bebauungsplanverfahren. Abwägungsrelevante Stellungnahmen gab es keine.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Höhenverhältnisse in Richtung Norden, die Arkadenlösung sowie die Planungen für das Rondell.

Die Höhen des City-Carrés auf der gegenüberliegenden Straßenseite werden gespiegelt aufgenommen.

Die Arkadenlösung auf der Südseite der Hasselbachstraße ermöglicht durch Verschiebung des Gehweges die Unterbringung eines Pflanzstreifens. Das Rondell sei momentan kein Thema. Das östliche und westliche Grundstück befindet sich im Privatbesitz. Hierfür liegen derzeit keine Baugesuche vor. Die Stadt erhofft sich eine Initialwirkung mit diesem Schritt.

**Stadtrat Stern** fragt nach einer Tiefgarage.

Im gesamten Plangebiet werden zukünftig oberirdische Stellplätze ausgeschlossen, teilt **Frau Lehmann** mit. Das Vorhaben kann nur mit Tiefgarage umgesetzt werden.

Ergänzend verweist **Herr Schütt** auf die nicht vorhandene Stellplatzsatzung und die nach Bauordnung geforderten Einstellplätze für das Vorhaben.

**Stadträtin Linke** hinterfragt die Breite des Fahrradweges unter den Arkaden.

**Frau Lehmann** verweist auf eine Breite von 2,50 m.

**Stadtrat Stage** findet, dass eine Darstellung der Ansicht hilfreich gewesen wäre.

**Stadtrat Moll** geht auf die im Plan dargestellten 2 Baumstandorte ein und hält 2 Bäume für zu wenig.

Weitere mögliche Baumstandorte wurden geprüft und sind in der Vorplanung, die Bestandteil des städtebaulichen Vertrages wird, enthalten, informiert **Frau Lehmann**.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet darum, die Vorplanung bis zur nächsten Stadtratssitzung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung zur DS0382/23: 9-0-0

- 5.7. Satzung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 238-5 "Franckestraße"  
Vorlage: DS0383/23
- 

Abstimmung zur DS0383/23: 9-0-0

- 5.8. Aufstellung der 1. Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 103-6 Östlich August-Bebel-Damm“ und öffentliche Auslegung des Entwurfs  
Vorlage: DS0492/23
-

Der Bebauungsplan beinhaltet ausschließlich Festsetzungen zur Steuerung der Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben und dient dem Schutz der verbrauchernahen Versorgung, erläutert **Frau Lehmann** den Inhalt des Bebauungsplanverfahrens.

Abstimmung zur DS0492/23: 9-0-0

- 5.9. Satzung über eine Veränderungssperre zum B-Plan 341-4  
"Brenneckestraße Nordseite"  
Vorlage: DS0542/23
- 

Der Aufstellungsbeschluss wurde geändert beschlossen. Ergänzt wurde das Planungsziel um die Einrichtung für den Brand- und Katastrophenschutz.

Die Veränderungssperre dient der Sicherung der Planungsziele. Die eingeräumte Frist reicht nicht aus, um das Bauleitplanverfahren zu Ende zu führen, erläutert **Frau Lehmann**.

Abstimmung zur DS0542/23: 9-0-0

- 5.10. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 431-4 "Maria-Neide-  
Straße"  
Vorlage: DS0555/23
- 

**Frau Lehmann** bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert das Planungsziel. Gewerbliche Bauflächen und Grünflächen sollen auf Antrag des Vorhabenträgers entwickelt werden. Der Bebauungsplan soll im Normalverfahren mit Umweltprüfung aufgestellt werden.

**Stadtrat Schuster** hinterfragt die Anbindung der Maria-Neide-Straße an die Werkstraße. Die fußläufige Beziehung zur Kleingartenanlage (derzeit „Trampelpfad“) soll erhalten und dauerhaft gesichert bleiben, teilt **Frau Lehmann** mit.

**Stadtrat Schuster** verweist auf frühere Planungen, an der Kleingartenanlage entlang die Maria-Neide-Straße an die Erschließungsstraße anzubinden.

Im Zuge der Diskussionen zur Erschließung/Anbindung schlägt der **Vorsitzende** vor, dass im Rahmen der Entwurfsplanung die Erschließungsplanung mit vorgelegt werden soll.

**Stadtrat Stern** erkundigt sich nach dem zukünftigen Gewerbe und verweist auf die angrenzenden Wohngebiete.

**Frau Lehmann** verweist auf das Planungsziel (Gewerbegebiet, Grünfläche) konkrete Informationen liegen noch nicht vor.

**Stadträtin Linke** begründet ihre Ablehnung mit dem Außenbereich sowie einer weiteren Flächenversiegelung.

Der **Beigeordnete** verweist auf die Weiterentwicklung und größtenteils Erhalt der Grünfläche.

**Frau Lehmann** ergänzt und geht auf die Lage der zusammenhängenden Grünfläche ein. Sie verweist auf die Baubeschränkungsgebiete durch die vorhandene Kaltluftschneise sowie die angrenzende Kleingartenanlage.

**Stadtrat Dr. Grube** werde der Beschlussvorlage zustimmen und hinterfragt die Anbindung der Gustav-Ricker-Straße an die Werkstraße. Aus seiner Sicht sollte eine Anbindung am Rande des Bebauungsplangebietes vorbeiführen. Er bittet bei Vorlage der Satzung um dementsprechende Aussagen.

**Frau Lehmann** verweist auf die Wegebeziehung außerhalb des Bebauungsplangebietes.

**Stadtrat Schuster** hinterfragt die verkehrstechnische Lösung und verweist auf die vielen Anwohnerbeschwerden aus dem Bereich der Gustav-Ricker-Straße.

Der **Vorsitzende** fasst abschließend zusammen, das Thema Erschließung soll in all seiner Gemengelage (Wohnen, Kleingarten, Gewerbe, Erhalt Grünfläche) geprüft und im Entwurf mit vorgelegt werden.

Abstimmung zur DS0555/23: 5-2-1

- 5.11. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Albert-Vater-Straße  
140"  
Vorlage: DS0575/23
- 

**Herr Herrmann** bringt die Beschlussvorlage ein. Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren für die Entwicklung einer Wohnbaufläche geändert werden.

Abstimmung zur DS0575/23: 5-0-3

## 6. Anträge

---

- 6.1. Weihnachtsstraßenbahn  
Vorlage: A0236/23
- 

**Stadtrat Moll** bringt den Antrag ein und bittet um Zustimmung.

Zu Beginn bittet **Herr Stieger**, im Anschluss an diesen TOP noch eine weitere Information zum Thema Weihnachtsmarkt vorstellen zu dürfen.

**Herr Stieger** (Geschäftsführer Weihnachtsmarkt-GmbH) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Diese wurde in Abstimmung mit der MVB erstellt.

Er erläutert die Möglichkeiten der Integration einer Weihnachtsstraßenbahn.

Er geht auf die Problematik der Ein- und Ausstiegssituation im benötigten Gleisabschnitt Hartstraße ein. Die Hartstraße dient als Fluchtweg, als Rettungszufahrt und als einzige Zufahrt für die Anlieger. Des Weiteren würde es zu Einschränkungen bei der Nutzungsmöglichkeit der Weihnachtsmarkt Gesellschaft führen. Betroffen wären die Nordische Meile und teilweise der Mittelaltermarkt. Massive finanzielle Verluste wären für die Weihnachtsmarkt GmbH die Folge.

Eine andere Möglichkeit wäre zu klären, ob und in welchem Umfang eine Straßenbahn im Linienverkehr als Weihnachtsstraßenbahn umgestaltet werden kann.

Die Finanzierungsproblematik könne aber nicht von der Weihnachtsmarkt GmbH geklärt/geleistet werden.

**Stadtrat Hempel** sieht den Antrag zu einem schlechten Zeitpunkt gestellt. Der Antrag kommt zur „Unzeit“, der MVB fehlen Bahnen und Personal. Des Weiteren weist er auf die Kosten für die Gestaltung einer Straßenbahn hin. Momentan hält er dieses durch die MVB nicht leistbar. Er weist auf die historische Straßenbahn und den betreibenden Verein hin.

**Stadträtin Linke** schließt sich den Aussagen von **Stadtrat Hempel** an. Linien fallen aufgrund fehlender Straßenbahnen aus. Sonderfahrten hält sie für problematisch und eine Finanzierung aus dem städtischen Haushalt momentan nicht möglich.

**Stadtrat Moll** verweist auf die Chronologie (Anlage Stellungnahme) und bittet nochmals um Zustimmung für den Antrag.

**Stadtrat Stage** begrüßt die Idee, werde aber den Antrag mit Verweis auf die fehlenden Straßenbahnen für den Aufrechterhalt des Regelbetriebes ablehnen. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt, MVB oder Weihnachtsmarkt GmbH sein, dieses zu organisieren. Auf privater Ebene könne dieses schon jetzt durchgeführt werden. Auch aus finanzieller Sicht werde er diesen Antrag ablehnen.

**Stadtrat Stern** weist auf die aktuelle Haushaltssperre und das Defizit von 21,5 Mio. € hin. Der Zuschussbedarf für die MVB steigt.

**Stadtrats Mertens** findet den Antrag gut, die momentane Finanzlage der Stadt spreche dagegen. Er spricht sich dafür aus, dass die Stadt das Vorhaben anschieben könnte und über Sponsoren weiter betrieben werden sollte.

---

**Herr Stieger** informiert anhand von Fotomaterial über eine vollkommen verrostete Weihnachtsbaumhülse. Im Zuge der Vorbereitungen zum Weihnachtsmarkt wurde dieses festgestellt. In Abstimmung mit dem Bauordnungsamt wurde eine provisorische Lösung für eine standsichere Aufstellung des Weihnachtsbaums gefunden. Ein weiteres Mal werde diese Lösung nicht funktionieren.

Er erläutert mögliche Lösungen und geht auf die Kosten für das neue Fundament sowie eine neue Hülse ein.

Die Weihnachtsmarkt-GmbH kann diese Kosten nicht tragen und liegt auch nicht in ihrer Zuständigkeit.

Alternativen wären gar keinen Weihnachtsbaum aufzustellen, ein viel kleineren Weihnachtsbaum aufzustellen oder einen künstlichen Weihnachtsbaum (Aufbau, Abbau, Lagerung) zu errichten. Abschließend verweist er auf ein begrenztes Zeitfenster für eine mögliche Baumaßnahme.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für die Herstellung eines neuen Fundamentes sowie Hülse aus und verweist in Bezug auf die Kosten auf die Nutzungsdauer. Ein künstlicher Baum sei keine Alternative ebenso der Verzicht auf einen Weihnachtsbaum.

**Stadtrat Hempel** hinterfragt die Möglichkeit, im Zuge dieser dann folgenden Baumaßnahme die Barrierefreiheit in Bereich Rondell mit herzustellen.

Dem schließt sich **Stadtrat Stage** an und verweist auf Diskussionen zur Umgestaltung Alter Markt dazu.

Unabhängig von der geplanten Umgestaltung des Alten Markt sollte geprüft werden, wie die Barrierefreiheit hergestellt werden könnte.

Polleranlage, Barrierefreiheit, Weihnachtsbaumhülse sollten so hergestellt werden, dass sie später im Rahmen der Umgestaltung Alter Markt problemlos integriert werden können.

**Stadträtin Linke** verlässt die Sitzung und **Stadtrat Canehl** nimmt dafür an der Sitzung teil.

**Stadtrat Canehl** bittet die Schließung der Pflasterfugen im Bereich Rondell mit zu prüfen.

Die **Stadträte** sprechen sich für das Aufstellen eines Weihnachtsbaum aus.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Herstellungskosten für das Fundament sowie für die gewünschten Anpassungsarbeiten am Rondell und die aktuell dafür fehlenden Kostendeckungen.

Abstimmung zum Antrag A0236/23: 1-7-0 nicht empfohlen

6.1.1. Weihnachtsstraßenbahn  
Vorlage: S0542/23

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Nutzung von Synergien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM Magdeburg) und der Verkehrsbetriebe Magdeburg GmbH & Co. KG (MVB)  
Vorlage: A0258/23

---

**Herr Koch** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

**Stadtrat Hempel** spricht sich für eine Prüfung aus und sieht mehr Synergieeffekte gegeben.

Für **Stadtrat Dr. Grube** macht der Antrag keinen Sinn. Er verweist auf den Querverbund, der bereits besteht. Andere Städte haben andere Gesellschaftsmodelle.

Er hinterfragt die Zuschüsse und eine mögliche Gegenrechnung und bittet um Erläuterung.

**Herr Koch** erläutert die Zuschüsse an die MVB, die Gewinne der SWM, die Gegenrechnung und den Zuschussbedarf. Defizite bleiben auch bei einer Verschmelzung bestehen.

**Stadtrat Stage** findet die Idee der Nutzung von Synergieeffekte gut. Durch den steuerlichen Querverbund besteht für Magdeburg eine andere Ausgangssituation.

**Stadtrat Hempel** hält die Ausführungen der Verwaltung für falsch und kritisiert diese. Die Wirtschaftspläne seien ausgeglichen, Synergieeffekte hinsichtlich Strompreis für die Straßenbahnen möglich.

Der Prüfauftrag zielt auf die Darstellung von Synergien ab.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf den gerade gefassten Grundsatzbeschluss zum Wasserwerk sowie das Großprojekt Intel. Zu diesem Zeitpunkt die beiden Gesellschaften mit einem weiteren Thema zu konfrontieren hält er für nicht zielführend.

**Herr Koch** erläutert die beiden Möglichkeiten. Er schlägt vor, weitere Möglichkeiten im Rahmen von Aufsichtsratssitzungen thematisieren zu lassen.

Abstimmung zum Antrag A0258/23: 1-3-3 nicht empfohlen

- 6.2.1. Nutzung von Synergien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM Magdeburg) und der Verkehrsbetriebe Magdeburg GmbH & Co. KG (MVB) und mehr  
Vorlage: A0258/23/1
- 

Abstimmung zum Änderungsantrag A0258/23/1: 0-7-0 nicht empfohlen

- 6.2.2. Nutzung von Synergien der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM Magdeburg) und der Verkehrsbetriebe Magdeburg GmbH & Co. KG (MVB)  
Vorlage: S0574/23
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 6.3. Energiewende vorantreiben - Kommune und Bürger\*innen profitieren  
Vorlage: A0204/23
- 

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Verwaltung begrüßt den Antrag. Es besteht bereits die Möglichkeit der Anlagenbetreiber, die betroffenen Gemeinden freiwillig finanziell zu beteiligen. Eine gesetzliche Grundlage hinsichtlich Verpflichtung fehlt jedoch.

Positiv verweist er auf die betreibende Gesellschaft des vorhabenbezogenen Baugebietes „Ökologische Solarvernetzung“ und deren Zusage hinsichtlich einer Beteiligung der Stadt. In diesem konkreten Fall sollte im Rahmen des städtebaulichen Vertrages eine entsprechende Vereinbarung erfolgen. Die Einnahmen sollen in die Gesamtflächenentwicklung investiert werden (Entwicklung von Aufenthaltsmaßnahmen / Erlebbarkeit).

**Stadtrat Canehl** bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Dr. Grube** stimmt dem Antrag zu. In städtebaulichen Verträgen festzuschreiben, dass das Geld nur zur Flächenentwicklung der jeweiligen Standortentwicklung dienen sollte, sieht er anders. Er verweist auf die Laufzeiten der Anlagen. Aus seiner Sicht sollte auf eine Festlegung konkreter Flächen verzichtet werden.

**Stadtrat Canehl** verweist auch auf die Grundidee zur Akzeptanz bei der Windenergie durch eine finanzielle Beteiligung die Akzeptanz in der Nachbarschaft zu steigern.

Abstimmung zum Antrag A0204/23: 5-0-2

- 6.3.1. Energiewende vorantreiben - Kommune und Bürger\*innen profitieren  
Vorlage: S0529/23
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 6.4. Wegebeziehung für Radverkehr am Ende des Parkplatzes  
Sternbrücke öffnen  
Vorlage: A0210/23
- 

**Stadtrat Dr. Grube** erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung.

**Herr Gebhardt** verweist auf eine kurzfristige Herstellung in Betonpflaster.

Abstimmung zum Antrag A0210/23: 7-0-0

- 6.4.1. Wegebeziehung für Radverkehr am Ende des Parkplatzes  
Sternbrücke öffnen  
Vorlage: S0512/23
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 6.5. Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem  
Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten  
Vorlage: A0129/23
- 

**Stadtrat Moll** erläutert den Antrag und verweist auf das Konfliktpotenzial zwischen Radverkehr und Marktbetreibern.

**Herr Gebhardt** weist daraufhin, dass eine Umstrukturierung/Verschiebung der Marktstände mangels Alternative nicht ohne weiteres möglich sei.

Teilweise gehen Fahrradfahrer fälschlicherweise davon aus, dass es sich um einen Radweg und nicht um eine Fußgängerzone mit geduldeter Radnutzung handelt.

Eine vernünftige Alternative für Radfahrer fehlt in diesem Bereich, stellt **Stadtrat Stage** nochmals klar.

Abstimmung zum Antrag A0129/23: 1-4-1 nicht empfohlen

- 6.5.1. Lösung finden für Radverkehr und Marktgeschehen auf dem  
Nordabschnitt Breiter Weg während der Marktzeiten  
Vorlage: S0537/23
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 6.6. Wohntrend bei TinyHouses nicht verpassen, kostengünstiges  
Bauen und Wohnen ermöglichen!  
Vorlage: A0202/23
-

**Stadtrat Hempel** erläutert den Antrag und verweist auf einen Bedarf. In anderen Städten werden die entsprechenden Grundstücke gut angenommen.

**Herr Herrmann** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Aufgrund ihrer geringen Größe fügen sich Tiny Houses in der Regel nicht nach § 34 BauGB in Wohngebiete ein. Die Entwicklung von Standorten für Tiny Houses müsste über ein Bebauungsplanverfahren erfolgen.

Bisher wurde kein Interesse an Grundstücken für diese Wohnformen angemeldet.

Im Rahmen eines Modellprojektes könnte ein größeres Grundstück genutzt werden. Mehrere Tiny Houses könnten auf einem gemeinsamen Baugrundstück errichtet werden, mit gemeinsamen Anschlüssen und gemeinsamer Müllentsorgung. Voraussetzung wäre ein Investor oder eine Interessengruppe, da die tatsächliche Nachfrage in Magdeburg schlecht eingeschätzt werden kann.

**Stadtrat Schuster** verweist auf eine privatrechtliche Umsetzungsvariante in Leipzig. Im Bereich einer Campingplatzanlage wurden Flächen für Tiny Houses bereitgestellt.

**Stadtrat Stage** sieht ein Interesse gegeben und verweist auf das fehlende Modellprojekt.

**Herr Schütt** teilt mit, dass bis jetzt keine Beantragung und auch keinerlei Vorgespräche in der Verwaltung stattgefunden haben.

**Stadtrat Canehl** verweist auf bewegliche Teile und hinterfragt noch einmal die Genehmigungspflicht.

Grundsätzlich besteht eine Baugenehmigungspflicht für die Tiny Houses, stellt **Herr Schütt** klar.

**Stadtrat Hempel** geht auf die sich verändernden Wohnansprüche ein. Entsprechende Angebote für diese Wohnformen sollten bereitgestellt werden.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht die Flächenversiegelung an, verweist auf die Vorgaben bei der GFZ in Wohngebieten und fragt die Berechnung für Tiny Houses nach.

Er bittet die Verwaltung bei einem Dachverband oder ähnlichem die Voraussetzungen zu klären.

**Stadtrat Canehl** findet, die Verwaltung sollte vorbereitet sein. Die Entwicklungen dahingehend zeichnen sich ab.

**Stadtrat Stage** stimmt für die Gundintension des Antrages.

**Stadtrat Schuster** verweist auf mobile Anschlüsse, die dafür benötigt werden.

Abstimmung zum Antrag A0202/23: 3-2-2

6.6.1. Wohntrend bei Tiny-Houses nicht verpassen, kostengünstiges Bauen und Wohnen ermöglichen  
Vorlage: S0557/23

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. Informationen

---

- 7.1. Arbeitsstätten- und Gewerbeflächenentwicklung Magdeburg  
2035  
Vorlage: I0281/23
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2. Informationen zur Untersuchung der zukünftigen  
Beanspruchung und Belastbarkeit der Ingenieurbauwerke im  
Zuge des Magdeburger Ringes, sowie Gegenüberstellung und  
Beurteilung von Varianten im Rahmen einer Gutachterlichen  
Stellungnahme  
Vorlage: I0214/23
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3. Tunneldesaster aufarbeiten, Folgen ermitteln!  
Vorlage: I0253/23
- 

**Stadtrat Hempel** fordert zu einer tatsächlichen Aufarbeitung aller Folgekosten durch die Fehlplanung auf.

- Vorzeitige Erneuerung Westringbrücke durch Mehrbelastung;
- Höherer Verschleiß der Straßenbahnen;
- Betriebswirtschaftlicher Schaden;

**Herr Gebhardt** weist darauf hin, dass die Aussagen in der Information auf der Zuarbeit der MVB als hier betroffenes Unternehmen basieren.

Eine Gesamtbetrachtung des Unternehmens müsse erfolgen, stellt **Stadtrat Hempel** klar. Die Information sei unvollständig und er erwartet eine entsprechende Aufarbeitung.

**Stadtrat Stage** findet in Bezug auf die Fragestellung die vorliegende Information tatsächlich auch etwas spärlich/dünn.

Der **Beigeordnete** geht auf den volkswirtschaftlichen Schaden durch den Mehraufwand der MVB ein. Viele Faktoren fließen in den betriebswirtschaftlichen Schaden ein.

Die Grundaussage in der Information stimmt jedoch. Die Schäden, die der MVB dadurch entstanden sind, trägt immer die Stadt.

**Stadtrat Stage** verweist beispielhaft auf den momentanen Ausfall von vielen Straßenbahnen (Materialverschleiß). Viele Kunden wechseln (Auto, Fahrrad) und gehen der MVB als Kundschaft verloren. Die Rückgewinnung der Kunden werde schwer.

**Stadtrat Schuster** hinterfragt den Nutzen, die Bewertung und die rechtlichen Konsequenzen einer weiteren vertiefenden Untersuchung.

**Stadtrat Hempel** verweist auf die Geltendmachung von möglichen Schadenersatzansprüchen durch die Stadt.

Die Untersuchungen zu möglichen Schadenersatzansprüchen laufen (Nachweis Planungsfehler, fehlerhafte Gutachten,..), teilt der **Beigeordnete** mit.

Der **Vorsitzende** spricht sich für eine Information im nichtöffentlichen Teil zum aktuellen Stand der rechtlichen Auseinandersetzungen aus.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

---

7.4.            Strukturelle Radverkehrsförderung bis 2030  
Vorlage: I0309/23

---

**Stadtrat Canehl** bemängelt die Aussagen in der Information und verweist auf falsche Aussagen darin.

Der Radverkehrsbeauftragter könnte vielleicht viele Konflikte im Vorfeld entschärfen.

Die größten handwerklichen Fehler wurden mit der überarbeiteten Information behoben, so **Stadtrat Stage**.

Der **Beigeordnete** erläutert, die gleichen Tabellen wurden verwendet und in einem 2. Schritt die hinterlegten Verknüpfungen nochmals überprüft.

Er geht auf die Kostenfaktoren, unterschiedliche Parameter sowie das Abrechnungsverfahren (laufende Strecke oder Kosten) ein. Dieses bedeute viel verwaltungstechnischer Aufwand. Die zukünftige Radverkehrskonzeption soll u.a. Aussagen zu dem Vorhandenen, zu den Defiziten oder zu den Zielen aufzeigen und als Diskussionsgrundlage gesehen werden. In diesem Zusammenhang sollen auch sinnvolle Parameter zur Dokumentation des Umsetzungsstandes Radwegebau diskutiert werden.

**Herr Gebhardt** erläutert die Aussagen in der Information

1. Ausgaben für Fahrradweg pro Einwohner;
2. Wieviel Radwegkilometer wurden 2023 gebaut;
3. Kostendarstellung;
4. 5% Annahme richtig;

**Stadtrat Canehl** geht auf die Haushaltsmittel (Haushaltssperre) sowie die Personalsituation ein. Festzustellend sei aber, dass Aufträge nicht erfüllt wurden. Für den Radverkehr passiere fast nichts.

Er verweist auf die Fördermöglichkeiten durch das Programm „Stadt und Land“.

**Herr Gebhardt** erläutert u.a. den aktuellen Stand zum geplanten Radwegausbau im Kirschweg zwischen dem Lilienweg und der Herrmann-Hesse-Straße und führt zum Umsetzungsstand der Genehmigungsplanung und beabsichtigten Ausschreibung aus.

Die Leipziger Straße besteht aus den Maßnahmen.

- Hochbordradweg bis zur Ackerstraße sowie weiterführender Radweg bis zum Fuchsberg;
- Radwegstreifen auf der Leipziger Straße zwischen dem Fuchsberg und der Wiener Straße.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

---

7.5.            Barrierefreiheit zwischen den Haltestellen Alter Markt  
Vorlage: I0259/23

---

**Herr Gebhardt** verweist auf die Fertigstellung des Provisoriums in Abstimmung mit der Weihnachtsmarkt GmbH.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.6. Fußgängerüberweg zum Polarspielplatz in der Neuen Neustadt  
Vorlage: I0278/23

---

Der **Beigeordnete** verweist auf die bereits vorhandenen Maßnahmen. Weitere verkehrstechnische Mittel für eine Verkehrsberuhigung stehen der Verwaltung nicht zur Verfügung.

**Herr Gebhardt** geht auf die vorhandene Tempo-30-Zone ein, verweist auf die Querungshilfe und Vorortkontrolle.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.7. Verkehrsrückhaltesysteme auf dem Magdeburger Ring  
Vorlage: I0279/23

---

Der **Beigeordnete** verweist auf die Unterscheidung zwischen freier Strecke und dem Bereich der Brückenbauwerke. Bestandsschutz besteht im Bereich südlich der Albert-Vater-Straße bis zum Ortsausgang in Höhe der Salbker Chaussee.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.8. Kreisverkehr Diesdorf  
Vorlage: I0230/23

---

**Stadtrat Moll** berichtet von den morgendlichen chaotischen Zuständen im Bereich der Kreuzung und bittet um Lösungsvorschläge.

Der **Beigeordnete** verweist auf die ungünstigen Rahmenbedingungen für eine Umgestaltung zum Kreisverkehr. Bei der Umgestaltung zu einem Kreisverkehr werden mehr Schwierigkeiten für alle Beteiligten gesehen und keine Verbesserung der Situation.

Der **Beigeordnete** schlägt vor, nach weiteren Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.9. Entlastungsstraße für Ostelbien  
Vorlage: I0273/23

---

Der **Beigeordnete** verweist auf die beauftragte NASA-Studie. Ergebnisse wurde im II. Quartal zugesichert.

Dazu muss **Herr Herrmann** über einen neuen Fertigstellungstermin (III. Quartal 2024) informieren, der in einem aktuellen Schreiben des Landes benannt wurde.

Darin sieht **Stadtrat Stage** eine klare Missachtung eines Stadtratsbeschluss und verweist auf den Auftrag an die Verwaltung. Die NASA-Studie habe nichts mit dem Antrag zu tun.

**Stadtrat Stage** verweist auf den Antrag.

*„...Eine erste Zwischeninformation insbesondere mit einer Bewertung der Realisierbarkeit der vorgeschlagenen Routenführung, wenn notwendig alternativen Routenvorschlägen und dem angestrebten Zeitplan, ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, Ausschuss für Umwelt und Energie und im Finanz- und Grundstücksausschuss bis Dezember 2023 vorzulegen.“*

Er fordert eine Information noch in dieser Legislaturperiode.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.10. Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee  
Vorlage: I0289/23

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8. Verschiedenes

---

**Stadtrat Hempel** äußert sein Unverständnis über den Umgang mit dem Antrag zum Sozial-Ticket. Wann wird der Antrag behandelt?

Der **Beigeordnete** verweist auf eine fehlende Zuarbeit aus dem Dez. V.

**Stadtrat Hempel** fordert zur Behandlung des Antrages in der nächsten StBV-Sitzung auf.

Gegebenenfalls auch ohne Stellungnahme aus dem Bereich Dez. V.

Er verweist auf die Geschäftsordnung und kündigt mögliche Konsequenzen an (Kommunalaufsichtsbeschwerde).

Das gleiche gelte auch für die Anfrage (F0289/23, S0490) zum Erhalt der 100-jährigen Platane.

**Stadtrat Canehl** geht auf die Antragserteilung (Gutachten) zur Lärmsituation Magdeburger Ring ein und hinterfragt die Vorstellung des Gutachtens.

Der **Beigeordnete** verweist auf den Eingang des Gutachten Ende Dezember. Eine erste Beratung hat dazu stattgefunden. Aussagen hinsichtlich der tatsächlichen Lärmbelastung in den Wohngebieten können noch nicht gemacht werden.

Des Weiteren bemängelt **Stadtrat Canehl** das Fehlen der Niederschrift vom 30.11.2023 und äußert sich verwundert über diese „MVB-Veranstaltung“ aus seiner Sicht.

Er hinterfragt den Stand zur Umgestaltung der Schönebecker Straße. Wann wird der erste Vorentwurf/Vorplanung im StBV vorgestellt?

Wann und wer wird den Auftrag für die Umgestaltung der Großen Diesdorfer Straße erteilen?

Der **Beigeordnete** verweist auf den Schwerpunkt Südost. Er geht auf die geplanten Ansiedlungen und die Entwicklung in diesem Gebiet ein und verweist auf die Abhängigkeiten dadurch.

**Herr Herrmann** geht auf die Untersuchungen zu den 3 unterschiedlichen Streckenästen der MVB ein.

1. Südost;
2. Große Diesdorfer Straße;
3. Lübecker Straße, Lüneburger Straße bis Rothensee;

Für den Bereich Lübecker Straße, Lüneburger Straße Richtung Straßenbahndepot Rothensee wurde ein fortgeschrittener Planungsstand durch die MVB vorgestellt.

Für den Bereich Südost sowie Große Diesdorfer Straße liegt der Verwaltung noch nichts vor.

Die Problematik Verkehr bzw. ÖPNV gehört in diesen Ausschuss, geht der **Vorsitzende** auf die Anmerkung von **Stadtrat Canehl** ein. Aus seiner Sicht müssten Vertreter der MVB regelmäßig an den StBV-Sitzungen teilnehmen.

In der Niederschrift vom 30.11.2023 fehlten die konkreten Zahlen, die in der Diskussion zu den MVB-Maßnahmen genannt wurden. Die Niederschrift werde dahingehend noch einmal überarbeitet.

**Stadtrat Canehl** möchte noch klarstellen, dass es ihm um das Verhalten/Auftreten der MVB in der Sitzung am 30.11.2023 ging. Das Fehlen der Niederschrift sei nicht das Thema gewesen.

**Stadtrat Schuster** weist auf die Beschädigung der Bordsteinanlage im Bereich der Walther-Rathenau-Straße/Beethovenstraße hin.

**Herr Gebhardt** dankt für den Hinweis.

*Der Schaden wurde nach Frostfreiheit sehr zeitnah bereits beseitigt.*

## 9. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

---

**Herr Gebhardt** berichtet von der Fertigstellung der Haltestelle Kölner Platz. Die Südseite der Gehweganlagen wurde bis auf die Dehnungsfugen fertiggestellt.

Auf dem Kölner Platz laufen die Bautätigkeiten durch die Deutsche Bahn AG bis voraussichtlich Ende 2024.

Die Ausschreibungen für die Gestaltung der Freianlagen am Willy-Brandt-Platz sind fertig gestellt und der ZVS zur Ausschreibung zugesandt worden.

**Stadtrat Canehl** geht auf die Situation am Kölner Platz ein und bemängelt das Verhalten der Deutschen Bahn AG.

**Herr Gebhardt** verweist auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten innerhalb der Deutschen Bahn AG sowie über Witterungsabhängigkeiten bei Baumaßnahmen im Außenbereich.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzender

Corina Nürnberg  
Schriftführerin